



Starker Franken oder Euro-Desaster?

Aus völlig verschuldeten Staatshaushalten haben die Staatslenker der EU-Länder die immense Garantiesumme von 750 Milliarden Euro gesprochen. Kein einziger Steuerzahler aus keinem einzigen EU-Land hatte dazu etwas zu sagen.

*Staatsschulden sind Schulden, die Staatslenker nie selber tragen. Sie büden sie ihren **Steuerzahlern** auf. Staatsschulden belasten die Steuerzahler in jedem Fall schwer – sowohl in Form massiv **erhöhter Steuerlasten** als auch durch von oben durchgesetzte Entwertung von Privatvermögen – dies als Folge bewusster, von den Regierungen verordneter **Inflationierungspolitik**.*

Demokratie ausgeschaltet

Im Kontinent der Demokratie, in Europa, müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Bürger, bevor man ihnen Milliarden-schulden aufbürdet, um ihr Einverständnis für den Zweck der durch Schulden getätigten Milliardenunterstützung angefragt würden. Das geschieht aber in keinem einzigen EU-Land. Die neuen Kosten werden den Bürgern faktisch auf «diktatorischem Weg» – unter Ausschaltung aller demokratischen Mitsprache und Mitbestimmung – aufgebürdet.

*Als Tatsache ist weiterhin festzuhalten: Ausnahmslos alle EU-Länder – also all die Länder, die ihre Bürger **jeglicher Mitsprache** in Finanz-, Steuer- und Währungsangelegenheiten **beraubt** haben – befinden sich als Folge schwerer Überschuldung in **Schiefelage**. Ihre Währung, der Euro, taumelt; er droht, die Euro-Länder in den Abgrund zu reissen.*

*Im Gegensatz dazu verzeichnet jenes europäische Land, die Schweiz, deren **direkte Demokratie** funktioniert, verhältnismässig wenig verschuldete öffentliche Haushalte.*

*Die direkte Demokratie verhindert Überschuldungsexzesse. Und der **Schweizer Franken** ist und bleibt stark – weit **stärker** als die wankende EU-Währung. Zwischen Demokratie, Verschuldung und Währungsstabilität bestehen offensichtlich Zusammenhänge. **Intakte Demokratie** bewahrt **Stabilität**. **Ausschaltung der Demokratie** bewirkt **Instabilität** und Krise.*

Gold statt Euro kaufen

*Der demokratische Wille der Schweizerinnen und Schweizer, unser Land der EU und dem Krisen-Euro fernzuhalten, müsste auch die Politik der **Nationalbank** bestimmen: Schluss mit milliardenteuren (und trotzdem nutzlosen) Stützungskäufen zugunsten des Euro. Es dürfen nicht länger Milliarden guter Schweizer Franken dem schlechten Euro nachgeworfen werden. Aufgabe der Nationalbank muss sein, den **Schweizer Franken** und die **Schweiz unbedingt aus der Euro-Krise herauszuhalten**. Statt mit zig Milliarden Euro zu kaufen, hat die Nationalbank angesichts der Währungsturbulenzen Gold zu kaufen. Denn nur solche Währungen sind und bleiben stark, die auf **echten Werten** – also auf Gold – beruhen, nicht auf Schulden.*

*Die **Stärke des Schweizer Frankens** hat die Schweiz als **Wirtschaftsstandort** für Firmen und Konzerne aus aller Welt attraktiv gemacht. Es gibt keinen Grund, von dieser richtigen Politik abzuweichen.*

Ulrich Schlüer